

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 143. Ratssitzung vom 31. Oktober 2012**

### **3208. 2011/147**

#### **Interpellation von Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP) vom 11.05.2011: Stadtpolizei Zürich, Personalsituation und Umsetzung von Stapo 200x**

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 1358 vom 2. November 2011).

**Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP)** nimmt Stellung: Die Antworten in Bezug auf den Unmut aus den Reihen der Polizei sind für mich nur teils befriedigend ausgefallen. Dass es bei Reformen zu Unruhen kommt, ist bei Change Prozessen natürlich. In der Konsolidierungsphase muss dann aber auch mehr Ruhe eintreten. Von Ruhe kann man bei der Polizei nicht sprechen. Gemäss der Interpellationsantwort sind die Probleme: ein Mangel an bewaffneten Frontkräften für den unfriedlichen Ordnungsdienst, das Durchführen von Fusspatrouillen sowie Nachteinsätze. Diese Probleme sind aber nicht als Ursache, sondern als Folge zu qualifizieren. Die Ursache liegt vielmehr in den Auswirkungen der 24-Stunden-Gesellschaft. Wir appellieren deshalb an den Stadtrat, genau hinzuschauen und Massnahmen zur Ursachenbekämpfung zu treffen. Die Spielregeln in Bezug auf die 24-Stunden-Gesellschaft müssen neu überdacht werden. Es gilt, politische Zeichen zu setzen. Für ein friedliches Zusammenleben in der Gesellschaft braucht es Strukturen und Regeln sowie Verantwortliche, die das Einhalten der Regeln überprüfen und nötigenfalls sanktionieren. Die Folgen einer fast grenzenlosen Gesellschaft müssen wir als Gesellschaft letztlich selber tragen. Folgen sind z. B. die steigende Kriminalität und der zunehmende Alkoholismus unter Jugendlichen. Die Polizei hat mit belastenden Arbeitsbedingungen und Nachteinsätzen zu kämpfen. Die Nutzniesserin, d. h. die Gastronomie, muss gemäss dem Verursacherprinzip in die Kostentragung miteingebunden werden. Hierzu sind natürlich Gespräche mit dem Kanton nötig.

Weitere Wortmeldungen:

**Kurt Hüsey (SVP):** Aus der Interpellationsantwort ist ersichtlich, dass das Personal der Stadtpolizei nicht unzufrieden ist. Dafür sprechen zum Beispiel die wenigen Zwischenzeugnisse oder das Kündigungsverhältnis. Gekündigt wird längst nicht nur aus Unzufriedenheit. Der administrative Aufwand, der in diesem Job mittlerweile bewältigt werden muss, ist aber übertrieben gross. Der Gemeinderat hätte die Möglichkeit, das Personal an der Front aufzustocken und auch mehr Stellen zur Bewältigung der Administration zu bewilligen. Es ist ja gar nicht möglich, mehr Präsenzzeit und mehr Aufgaben mit dem gleichen Personalbestand zufriedenstellend zu meistern. Wir müssen der Polizei Sorge tragen und sie unterstützen. Vielleicht könnte man erwägen, die pingeligsten Bussenverteilerinnen und -verteiler von den Parkplätzen abziehen und stattdessen im Büro mit Papierkram zu beschäftigen.



2 / 2

**Marianne Aubert (SP):** *Das Problem ist ein gesellschaftspolitisches. Wir können die Tendenz zur 24-Stunden-Gesellschaft kaum mit Verboten stoppen, müssen aber darauf reagieren. Nötig ist ein besseres Sensorium für die gesellschaftlichen und politischen Veränderungen. Die Überreaktion auf Einzelereignisse sowie deren Überbewertung kosten viel und nützen nichts. Der Papierkram ist zu reduzieren, vor allem der von der Staatsanwaltschaft bei der Stadtpolizei in Auftrag gegebene. Zu überlegen ist auch, ob Tag- und Nachtarbeit umzudrehen wären, natürlich bei angemessener Entschädigung. Diese und weitere Punkte sind weiterhin zu diskutieren, was wir in der Spezialkommission Polizeidepartement auch regelmässig tun.*

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat